

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 14. Sitzung des Bauausschusses

vom: **18.05.2022**

von: **17:00 Uhr**

bis: **17:59 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
AM Dietrich, Erik	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Hellwig, Raimund	
AM Hoffmann, Thomas	vertritt Reifenrath, Frank
AM Lohmeier, Heinz Werner	
AM Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
AM Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert ab 17.10 Uhr
Stv Schulz, Jürgen	
AM Uhlendorf, Jens	

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike
AM Dr. Münch, Jochen

Von der Verwaltung:

StBR Schumann
VA Heide
VA Krippendorf
VA Bockemühl
VA P. Schneider - bis 18.07 Uhr
VA Bär
VA Mockenhaupt - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert vertreten durch AM Schneider, Rainer
Stv Heupel, Rüdiger
AM Krämer, Hartmut
Stv Reifenrath, Frank vertreten durch AM Hoffmann, Thomas
Stv Schwarzer, Michael
AM Yousuf, Himat
AM Özcan, Kürsat

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen überein, die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils um die nachgereichten Punkte zu erweitern.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 27.04.2022

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

14. BA 18.05.2022

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

14. BA 18.05.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. BA 18.05.2022

4. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen keine vor.

14. BA 18.05.2022

5. „Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“

Vorlage Nr. VL 907/2022

Herr Stadtbaurat Schumann erläutert die Gründe dafür, dass die Verwaltung eigeninitiativ tätig geworden ist, um eine für die Stadt möglichst passende Satzung zu entwickeln. Das Land NRW habe eine neue Landesverordnung erlassen und man habe eine Harmonisierung versucht, da Landesverordnung bzw. Mustersatzung universell gefasst seien.

Vorlage und Satzung stellen einen Meilenstein dar, man wünsche sich allerdings Verbesserungen für Fahrradstellplätze, so Herr J. Schulz. Er frage, ob man die Berechnung nach der Anzahl der Bewohner der Wohnungen vornehmen könne. In der Fraktion sei auch die Frage aufgekommen, ob Schulen ausgenommen worden seien bzw. ob man diese berücksichtigen könne.

Die Volt- Fraktion begrüße die Vorlage, es sei ein Schritt in die richtige Richtung. Entgegen der Mustersatzung, wo die Anzahl der Stellflächen nach Bruttogeschossflächen berechnet werde, sei hier bei Mehrfamilienhäusern die Anzahl der Wohneinheiten als Berechnungsgrundlage vorgesehen. Er frage nach dem Grund bzw. inwieweit variere dies bei der Anzahl der Stellflächen. Zu den Fahrradstellplätzen frage er nach der Möglichkeit, zumindest bei den Mehrfamilienhäusern E- Lademöglichkeiten sowohl für Fahrräder als auch für Pkws vorzusehen und hier nicht nur die Möglichkeit des Anschlusses, sondern diese sofort nutzbar herichten zu lassen. Enttäuschend sei, dass man sich in vielen Bereichen bei dem, was vorgehalten werden sollte, vorsichtig in der Mitte der Richtzahlentabelle bewege, so Herr Dietrich. Bei Büro- und Verwaltungsflächen oder Verkaufsstellen hätte man etwas mutiger sein können. Um schneller zu einer Mobilitätswende zu kommen, als sie derzeit für Siegen zu erwarten sei, müsste durch die Verringerung der Stellplatzflächen mehr Druck auf eine Verbesserung des ÖPNV und mehr Lademöglichkeiten ausgeübt werden.

Durch die Schaffung von Fahrradabstellplätzen könne die Stellplatzablösung ausgesetzt werden. Er frage, ob dies auch gegeben sei, wenn man einen Raum im Keller als Fahrradkeller bereitstelle oder wenn man, z. B. in dem neuen Wohngebiet am Giersberg, eine zentrale Fahrradgarage herstelle, so Herr Hellwig. Er spreche den verwaltungsmäßigen Aufwand an, der anfalle, wenn die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Ablösung wegfallen. Darüber müsse man sich Gedanken machen.

Die SPD- Fraktion halte die Vorlage für einen Schritt in die richtige Richtung. Fahrradstellplätze ins Visier zu nehmen sei sinnvoll. Man müsse Kompromisse eingehen, man wolle nicht, dass aufgrund der Vorschriften zu Stellflächen keine Wohnungen mehr erstellt würden. Es handele sich um einen Kompromiss, dem man aber zustimmen könne, so Herr Christian.

Herr Bockemühl beantwortet die aufgeworfenen Fragen der Ausschussmitglieder. Bisher habe es keine Grundlage gegeben, um Fahrradabstellflächen bei Bauvorhaben zu fordern. Diesbezüglich habe man sich sowohl an der Mustersatzung als auch an den Forderungen des ADFC orientiert. Eine Ausrichtung der Richtzahl an der Bewohneranzahl bei Mehrfamilienhäusern sei schwierig, da diese häufig variieren. Eine Berechnung anhand der Wohnungsflächen habe den Nachteil, dass sich häufiger Veränderungen ergeben können. Die Ladevorrichtungen seien sowohl für Fahrräder als auch Pkws vorgesehen. Ob Ladepunkte direkt gefordert werden könnten, müsste geprüft werden. Die Richtzahlen orientierten sich in der Mitte der Richtzahlentabelle aufgrund der Empfehlung des Zukunftsnetzwerkes Mobilität, sich an dem aktuellen Ist- Zustand der Mobilisierung zu orientieren. Die Stellplatzsatzung könne die Mobilitätswende begleiten, aber nicht der Hauptgrund sein.

Als Ausnahme lasse man Reduzierungsmöglichkeiten/ Ablösungen von Stellplätzen durch den Ersatz durch Fahrradabstellplätze, durch den ÖPNV- Abzug, durch Aussetzungsmöglichkeiten zu, die insgesamt 50 % der Stellflächen reduzieren könnten. Hier seien Varianten möglich, um eine Flexibilität zu gewährleisten.

Herr Mäckeler hält die Anzahl der Fahrradabstellplätze für zu gering berechnet. Wohnungen seien teilweise mit Wohngemeinschaften bewohnt, daher gebe es tatsächlich eine höhere Fahrraddichte.

Beim Neubau von Mehrfamilienhäusern sollte man den Schritt noch tun, die Ladepunkte bereits zu fordern. Ob der Eigentümer diese nach Fertigstellung des Objektes noch realisiere, sei fraglich. Eine gewisse Anzahl sehe er für notwendig an, um es praktikabel zu halten.

Herr Dr. Münch merkt kritisch an, komme die Universität in die Stadt, kämen auch viele Personen mit dem Pkw. Die Universität habe jetzt die Möglichkeit, 50 % der Stellflächen freizukaufen. Ob dies sinnvoll sei, halte er für fraglich.

Die Vorlage gehe in die richtige Richtung. Die CDU- Fraktion begrüße die Vorlage. Es sei ein erster Baustein, der weiter entwickelt werden müsste. Man solle nichts überregulieren, es müsse sich in den nächsten Jahren erst einstellen. Wichtig sei, dass möglichst viele Stellflächen entstehen und man möglichst wenig parkende Autos im Straßenraum habe, so dass der Verkehr fließen könne, so Herr Reifenrath.

Dass die Richtzahlen vor Ort geregelt würden, sei sinnvoll, da jeder Ortsteil andere Begebenheiten habe, so Herr Cziba. Es handele sich zurzeit um eine Momentaufnahme. Die Forderungen zu Fahrradabstellflächen und E- Lademöglichkeiten seien gut gemacht. Er rege an, für die großen Mietwohnungen die Anzahl der Stellflächen anhand der Statistiken über die Wohnungsgrößen und Personenzahl noch aufzufächern.

Seitens der Fraktion Die Grünen lasse man sich die Option offen, zum Haupt- und Finanzausschuss einen Antrag zu stellen, wenn die Anregungen zu den Mehrfamilienhäusern nicht aufgenommen würden.

Die Verwaltung könne im Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltungsmeinung zu den Anregungen vortragen, so Herr Schumann.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigefügten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung(en)

14. BA 18.05.2022

6. Ehrenmal Niederschelden - Neukonzeption

Vorlage Nr. VL 899/2022

Wenn seitens des Heimatvereins eine Lösung gefunden werde, wolle er sich dieser nicht verschließen, so Herr Cziba. Er sehe aber die Verwaltungsvorlage kritisch, solche Gedenkstätten als Ehrenmale zu bezeichnen und rege an, über die Namensgebung noch einmal im Sinne „Gedenkstätte“ oder „Mahnmal“ nachzudenken. Die verewigten Personen seien in der Regel ebenfalls Opfer, so dass er Mahnen und Gedenken für angebrachter halte. Thematisch sehe er diesbezüglich jedoch die Zuständigkeit des Kulturausschusses.

Herr Dil schließt sich Herrn Cziba an. Der Begriff Ehrenmal sei nicht mehr zeitgemäß. Er habe aus diesem Grund Bedenken, sich der Verwaltungsvorlage anzuschließen. Der Kulturausschuss hätte sich im Vorfeld mit dieser Frage beschäftigen sollen. Seines Wissens stehe das Ehrenmal nicht auf städt. Grund, sondern auf dem Grundstück der Ev. Kirche Niederschelden. Er frage, inwieweit die Kirche bei der Gestaltung beteiligt oder zumindest informiert worden sei.

Auch Herr Christian sieht die Zuständigkeit des Kulturausschusses für gegeben.

Positiv sei, dass diese Gedenkstätte gemeinsam mit dem Heimatverein und der Universität neu gestaltet worden sei, nachdem Vandalen diese zerstört hätten, so Herr Uhlendorf. Bezüglich der Begrifflichkeit sei die Zuständigkeit des Bauausschusses nicht gegeben.

Herr Heide sagt die Beantwortung der Frage, ob eine Beteiligung der Ev. Kirche stattgefunden hat, zur Niederschrift zu.

Antwort der Verwaltung:

Lt. Mitteilung der Fachverwaltung wurde sich seitens des Heimatvereins mit der Ev. Kirche in Verbindung gesetzt und diese informiert. Seitens der Ev. Kirche habe es keine Einwände gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Umsetzung des Entwurfs für die Neukonzeption des Ehrenmals.

Da Mahnen und Gedenken für angebrachter gehalten wird, favorisiert der Bauausschuss der Universitätsstadt eine Umbenennung, da der Begriff „Ehrenmal“ nicht mehr zeitgemäß sei.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 0 dagegen, 3 Enthaltungen (Linke/ Grüne/ Volt)

14. BA 18.05.2022

7. Erörterung zum Antrag „Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand“ (Vorlage AT 98/2021)

Vorlage Nr. VL 904/2022

Nach einführenden Worten zur Verwaltungsvorlage von Herrn Stadtbaurat Schumann ergibt sich eine Aussprache an der sich die Herren Cziba, Dietrich, Uhlendorf, Dr. Münch, Christian und Klein beteiligen.

Sich ergebende Detailfragen werden durch Herrn P. Schneider und Herr Schumann beantwortet.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- Unabhängig zur Verwaltungsvorlage könne die Verwaltung mit dem Bereich Baugeschichte der Universität Kontakt aufnehmen, um zu forschen, welche Baukultur oder Baubereiche in der Stadt vorhanden seien.
- Die Vorschläge machten den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Positiv sei, dass die Vorlage den städtebaulichen Masterplan anspreche und die Vorschläge sollten aufgenommen werden.
- Durch die Synopse sei erkennbar, welche Möglichkeiten es überhaupt gebe. Einer pragmatischen Herangehensweise könne man folgen, weil dies auch der Ansatz des ursprünglichen Antrages gewesen sei. Beim „Deutschen Haus“ habe im Inneren bereits eine derartige Veränderung vorgelegen, dass der Denkmalschutz nicht mehr zum Tragen gekommen wäre. Die AWO- Gebäude an der Koblenzer Straße, bei denen aufgrund der Veränderungen im Inneren keine Denkmalwürdigkeit gegeben seien, würden z. B. in eine solche Satzung passen, um die Fassaden zu erhalten.
- Es wird die Beteiligung des Bauausschusses nach Erlass der Satzung angesprochen.
- Es gehe im Wesentlichen um die Erhaltung der Fassaden und des Stadtbildes. Im Inneren sollte man sich nicht so festlegen, da die Häuser ja auch genutzt werden sollten. Etwas anderes sei es, wenn es sich um ein ausgewiesenes Baudenkmal handele. Der Charakter des Stadtbildes solle erhalten bleiben.
- Abrisse wie der des „Deutschen Hauses“ oder der Umbaumaßnahmen am „Laternchen“ sollten sich nicht wiederholen, so dass die pragmatische Variante zu unterstützen sei.
- Da die Vorlage die Aussage enthalte, dass die städtebauliche Komponente vom Zeitgeist beeinflusst sei, bestehe die Gefahr der Aussicht auf rechteckige Betongebäude.
- Es gehe in erster Linie um die Erhaltung der Bausubstanz, problematisch sei in der Praxis, dass der Eigentümer nicht gezwungen werden könne, Geld in ein solches Haus zu stecken oder Häuser verfallen, da sich niemand dafür zuständig fühle.

- Im Rahmen der Wortmeldungen sei die städtebauliche Anpassung angemahnt worden. Im Rahmen des Masterplans hätten die neuen Hochschulbauten Veränderungen bei den Höhen erfahren. Beide Hochschulcampusse befänden sich nicht innerhalb der Altstadt oder innerhalb schützenswerter Bereiche. Sensible Bereiche solle man sich noch einmal ansehen.

Herr P. Schneider geht auf die Anregungen ein. Man könne die Universität einbinden, aber auch die Betreuung binde Ressourcen. Dies sei abzuwägen. Seitens der Verwaltung seien in der Vergangenheit bereits Grundlagen erhoben worden, woran man anknüpfen könne. Weder könne man aus Einzelgebäuden eine Satzung erstellen noch könne eine Satzung Einzelgebäude schützen, hier müsse man den städtebaulichen Kontext sehen. Durch die Satzung verfüge man über ein Instrument, um etwas rechtssicher mit nicht ganz so hohem Aufwand auf den Weg zu bringen. Fachlich sei in erster Linie die Bauaufsicht gefragt. Bei Projekten, die „auf der Kippe“ stehen, wobei es sich hierbei eigentlich nur um eine Versagung der Genehmigung handeln könnte, könnte die Politik beteiligt werden. Über genehmigte Projekte könnte man informieren.

Zur Kritik bezüglich des Zeitgeistes führt er aus, es gebe nicht nur eine, sondern verschiedene Epochen, was ein Spannungsfeld darstelle. Man könne nicht immer nur über die Gründerzeit sprechen. Das Thema Zeitgeist zieler eher auf den Masterplan.

Im Rahmen seiner Ausführungen stellt Herr Stadtbaurat Schumann fest, dass man sich das Potential der Universität nach Möglichkeit zu Nutze machen werde, um einen Erkenntnisgewinn oder einen Perspektivwechsel zu erreichen oder die Kreativität zu nutzen. Er informiert das Gremium, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Werk für die Innenstadt vorgestellt werde, aus dem ebenfalls Erkenntnisse gezogen worden seien, da Siegen Pilotprojekt bei den historischen Stadt- und Ortskernen gewesen und eine Bautraditionsstudie für Siegen erstellt worden sei.

Als Fazit der Wortmeldungen wird auf Vorschlag von Herrn Klein ein Strategiekonzept im Rahmen einer pragmatischen Vorgehensweise zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Strategiekonzept im Rahmen einer pragmatischen Vorgehensweise zur Sicherung erhaltenswerter städtebaulicher Strukturen zu erarbeiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

14. BA 18.05.2022

gez. M. Klein
Vorsitzender

gez. M. Mockenhaupt
Schriftführerin